

Es geht auch ohne Minarette!

Für die Freiheit – gegen die Unterdrückung

Liebe Leserin, lieber Leser

Glaubens- und Gewissensfreiheit gehören zu den Grundrechten unserer Landes. Sie wurzeln in der Auffassung, dass der einzelne Mensch sich freiwillig für eine Glaubenüberzeugung entscheiden soll. Solche Freiheitsrechte sind in Staaten verbreitet, in denen die christlichen Werte als Salz in Gesellschaft und Politik wirken. Demgegenüber entwickeln sich in islamisch geprägten Ländern unfreiheitliche, ja lebensfeindliche Verhältnisse. Die Unterwerfung unter Allah wird zur Unterdrückung von Andersdenkenden.

In der Schweiz hat die gestaltende Kraft des Christentums in den vergangenen Jahrzehnten spürbar abgenommen. Dieses Vakuum bietet dem gesellschaftlich aktiven Islam viele Einflussmöglichkeiten, die bereits vielerorts ausgelotet werden. Wieviel Macht soll der Islam in unserem Land bekommen? Das Minarettverbot ist eine Absage an den Islam als politischen Faktor und Instrument der Unterdrückung. Das Minarettverbot ist ein Ja zur Freiheit!

Beiliegend finden Sie das ausführliche EDU-Argumentarium für die Initiative sowie eine Ausgabe der Zeitschrift «Zukunft CH».

Vielen Dank für Ihr Engagement für die Freiheit!

Daniel Suter

Ihr Daniel Suter, Parteipräsident



**Ja
«Gegen die Initiative
«Minarettverbot»»**

EDU-Parolen zur Abstimmung
Minarette, Muslime, Moscheen
Berichte von unseren Kantonsräten
Schöpfung kontra Evolution
Agenda / Veranstaltungen

2
3
4–6
7
8

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

Volksinitiative gegen den Sterbetourismus ungültig?

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, unsere Volksinitiative «Nein zum Sterbetourismus im Kanton Zürich» für ungültig erklären zu lassen. Sie verstosse gegen übergeordnetes Recht. Mit dieser Ansicht liegt der Regierungsrat falsch. Denn die Initiative will eine Regelung im Gesundheitsrecht und nicht im Strafrecht. Das Gesundheitsrecht ist Sache des Kantons.

Von Heinz Kyburz und Daniel Suter

Die Volksinitiative «Love Life – Nein zum Sterbetourismus im Kanton Zürich!» hat keine Anpassung des eidgenössischen Strafrechts, sondern des kantonalen Gesundheitsrechts zum Ziel. Gemäss Initiativtext verfolgt die Initiative primär den Zweck, den Sterbetourismus nicht zu gestatten, und erst sekundär, unter Strafe zu stellen. Im Rahmen des Gesundheitsrechts kann der Kanton Zürich, wie für den Vollzug der übrigen Gesundheitspflege, rechtliche Bestimmungen aufstellen, die sich mit der Suizidhilfe befassen und in diesem Zusammenhang den Sterbetourismus untersagen. Verstösse gegen diese Bestimmung sollen wie andere Verstösse gegen das Gesundheitsrecht im Gesundheitsrecht geahndet werden. Denn dazu ist der Kanton legitimiert.

Jetzt ist der Gesundheitsdirektor gefragt!

Ohne Zweifel werden Fragen rund um die Gesundheit und medizinische Versorgung des Menschen, die Thematik um die Palliativhilfen und auch die Bestattung im Gesundheitsrecht geregelt. Ebenso ist auch die Suizidhilfe primär ein Thema des Gesundheitswesens und nicht des Strafrechts. Die Initiative erwähnt mit keinem Wort eine Änderung des Bundesstrafrechts, sondern meint ganz klar eine entsprechende Regelung im kantonalen Gesundheitsrecht. Es wäre nun an der Zeit, dass sich nicht nur der Justizdirektor, sondern auch der Gesundheitsdirektor konstruktiv mit der Thematik auseinandersetzt! Die Suizide im Rahmen des Sterbetourismus im Kanton Zürich geben immer wieder Anlass zu Empörungen. Diesem ethisch zweifelhaften Geschäft kann mit der Umsetzung unserer Initiative ein Riegel geschoben werden.

Unerklärliche Abwehrhaltung der Regierung

Mit der rechtlich nicht haltbaren Empfehlung, die Volksinitiative abzulehnen, hebt der Regierungsrat die Volksrechte aus und nimmt einmal mehr seinen Auftrag, den vom Volk nicht gewünschten und unwürdigen Sterbetourismus zu beenden, nicht wahr. ■

In Kürze

Die Parolen der EDU für die Abstimmung vom 29. November 2009

Eidgenössische Vorlagen

1. Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr

JA

Die EDU hat mit 64:3 Stimmen die Ja-Parole beschlossen. Diese Vorlage beabsichtigt, dass die Steuereinnahmen aus Treibstoffen des Luftverkehrs auch für Massnahmen im Luftverkehr wie Sicherheit und Umweltschutz verwendet werden und nicht mehr – wie bisher – in den Strassenverkehr fliessen.

2. Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»

Nein

Die EDU hat mit 48:5 Stimmen bei 13 Enthaltungen die Nein-Parole beschlossen. Die Schweiz hat weltweit eines der strengsten Gesetze zur Ausfuhr von Kriegsmaterialien. Für Herstellung, Handel und Ausfuhr von Kriegsmaterial braucht es heute Bewilligungen vom Bund. Diese werden nur erteilt, sofern die Geschäfte nicht mit dem Völkerrecht oder der Schweizer Aussenpolitik in Konflikt stehen.

3. Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»

JA

Die Gründe finden Sie in diesem Kontakt und im beiliegenden Argumentarium.

Ersatzwahl in den Zürcher Regierungsrat

Der Kantonalvorstand der EDU empfiehlt: **Ernst Stocker, Wädenswil**



Volksabstimmung Stadt Winterthur

1. Nachtrag zur Gemeindeordnung (definitive Einführung der WoV)

Nein

2. 722'000 Franken für den Umbau der Anlaufstelle für Randständige

JA

Referate und Diskussionen zum Thema
Informieren Sie sich! Kommen Sie!

Es geht auch
ohne
Minarette!

Wir freuen uns
auf Ihren Besuch!

Referate und Diskussionen zum Thema
auch in Ihrer Nähe! Es lohnt sich!

Eintritt frei
Freiwilliger
Unkostenbeitrag

Hinwil: Montag, 26. 10. 2009: 20.00 Uhr

Mehrzweckgebäude «Eisweiher», Eisweiherstrasse 5, 8340 Hinwil
Vortrag mit **Daniel Zingg** und **Dr. Heinz Gstrein**

Eglisau-Seglingen: Mittwoch, 28. 10. 2009: 20.00 Uhr

Aula Schulanlage Steinboden, Rihaldenstrasse 60, 8193 Eglisau
Vortrag mit **Daniel Zingg** und **alt Nationalrat Markus Wäfler**

Winterthur: Donnerstag, 29. 10. 2009: 20.00 Uhr

Zentrum Grüze, Industriestrasse 1, 8404 Winterthur
Vortrag mit **Pfr. Hansjürg Stüchelberger** und **Daniel Suter**

Zürich: Donnerstag, 29. 10. 2009: 20.00 Uhr

VOLKSHAUS ZÜRICH, gelber Saal, Stauffacherstrasse 60, 8004 Zürich
Vortrag mit **alt Nationalrat Christian Waber**

Rümlang: Donnerstag, 29. 10. 2009: 20.00 Uhr

Gemeindesaal Schulanlage Worbiger, Katzenrütistr. 6, 8153 Rümlang
Vortrag mit **Daniel Zingg** und **alt Nationalrat Markus Wäfler**

Horgen: Dienstag, 3. 11. 2009: 20.00 Uhr

Zentrum Schinzenhof, Foyer des grossen Saales,
Alte Landstrasse 24, 8810 Horgen
Vortrag mit **Daniel Zingg** und **Dr. Heinz Gstrein**

Fehraltorf: Mittwoch, 4. 11. 2009: 20.00 Uhr

Heiget-Huus, Läderachsaal, Schulhausstrasse 22, 8320 Fehraltorf
Vortrag mit **Daniel Zingg** und **Dr. Heinz Gstrein**

Uster: Donnerstag, 5. 11. 2009: 20.00 Uhr

Hotel Ochsen, Saal Oxtail, Zentralstrasse 23, 8610 Uster
Vortrag mit **Daniel Zingg** und **Dr. Heinz Gstrein**

Stäfa: Mittwoch, 11. 11. 2009: 20.00 Uhr

Restaurant zur Alten Krone, Goethestrasse 12, 8712 Stäfa, 1. Stock
Vortrag mit **Daniel Zingg** und **Dr. Heinz Gstrein**



Markus Wäfler



Daniel Suter

Minarette, Muslime, Moscheen

Fragen an Markus Wäfler und Daniel Suter

Was will die Initiative?

Markus Wäfler: Der Initiativtext lautet: «Der Bau von Minaretten ist verboten.» Diese Initiative will ein absolutes Bauverbot für Minarette in der Verfassung. Bestehende Minarette oder der Bau von Moscheen werden von diesem Minarett-Bauverbot nicht tangiert.

Ist ein Verbot von Minaretten nicht eine übermässig starke Einschränkung der Freiheit einer Religionsgemeinschaft?

Markus Wäfler: Ein Bauverbot für Minarette ist keine Einschränkung der Religionsgemeinschaft oder der Glaubens- und Religionsfreiheit, obwohl die Gegner der Initiative nicht müde werden, dies zu behaupten. Glaubens- und Gewissensfreiheit gibt es nirgends in absolutem Sinne. In allen Staaten und Gesellschaften, wo den Menschen Glaubensfreiheit zugestanden wird, wird diese von Verfassung und Gesetz begrenzt. So können Hindus nirgends in europäischen Staaten Begräbnisrituale feiern wie in

Teilen Indiens oder Südasiens, wo bei der Verbrennung der Leichname verstorbener Ehemänner gleich noch die lebende Ehefrau auf dem gleichen Scheiterhaufen mit verbrannt wird. In der Schweiz gilt zum Beispiel für Juden und Muslime ein gesetzliches Schächtverbot, obwohl dieses Ritual der Schlachtung eines Tieres Teil der betreffenden Religion ist. Minarette sind nicht Teil der islamischen Religion. Sie sind geschichtlich begründet und ein Symbol des absoluten Machtanspruchs des Islam über alle Bereiche der Gesellschaft.

Radikalisiert ein Minarettverbot die muslimische Bevölkerung? Haben wir mit Anschlägen zu rechnen?

Markus Wäfler: Grundsätzlich klar nein, weil sogar hier lebende Muslime ein solches Minarett-Bauverbot ausdrücklich begrüssen. Dies, weil sie aus ihren Heimatländern aus eigener Erfahrung wissen, was der Absolutheitsanspruch des Islam bedeutet. Nicht ausgeschlos-

sen werden kann allerdings eine durch islamische Drahtzieher und ihre schweizerischen Handlanger gezielt organisierte Medien- und Polit-Hetzkampagne. Auch ein anschliessender Boykott von schweizerischen Gütern und Dienstleistungen in islamischen Ländern wäre denkbar. Auch die seinerzeitigen Hetzkampagnen gegen Dänemark wurden erst etwa ein halbes Jahr nach Erscheinen der beanstandeten Karikaturen organisiert.

Verlieren Christen durch das Minarettverbot bei den Muslimen an Glaubwürdigkeit?

Daniel Suter: Wer für die Initiative stimmt, gewinnt gerade bei religiösen Muslimen Respekt und Glaubwürdigkeit. Wer für die Initiative ist, zeigt, dass ihm sein christlicher Glaube etwas bedeutet. Er macht deutlich, dass er das Christentum dem Islam vorzieht. Wer aber gegen die Initiative ist, fordert den Islam auf, den Platz des Christentums in unserer Gesellschaft einzunehmen.

Könnte das Minarettverbot zu Einschränkungen des religiösen Lebens in der Schweiz führen?

Daniel Suter: Das Minarettverbot ist eine bauliche Massnahme, welche die Ausübung des islamischen Glaubens nicht beeinträchtigt. Alle islamischen Glaubenspflichten können auch ohne Minarett ausgeübt werden. Die Moschee als Haus des Gebetes und der Kultur ist vom Minarettverbot nicht betroffen. Das Minarettverbot ist also keine Einschränkung des religiösen Lebens.

Kann das Minarettverbot die Islamisierung verhindern?

Daniel Suter: Das Minarettverbot kann die Islamisierung eindämmen, weil es die öffentliche Propagandawirkung durch das Minarett und den Gebetsruf verhindert. Selbstverständlich braucht es noch andere Massnahmen, um die Islamisierung zu stoppen. Dazu gehören beispielsweise die Wiederbelebung des biblischen Christentums oder die Erneuerung der christlichen Fundamente von Recht, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Überschrift der Bundesverfassung ist Verpflichtung und Verheissung: «Im Namen Gottes des Allmächtigen!» Mit Gott ist seit je der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, der Vater von Jesus Christus gemeint. Das Minarettverbot ist auch eine Absage an den Gott des Islams. ■

Kantonsrat

Diskussion über Muslime auch im Kantonsrat

Eigentlich sollte die Regierung dem Kantonsrat Aufschluss geben über die potenzielle Gefährdung unserer Bevölkerung durch Muslime. Stattdessen sprach sie einmal mehr über Integration. Im Blick auf die baldige Abstimmung über Minarette hoffte man vergebens auf eine aufschlussreiche Situationsanalyse. Übrigens: Was in Anführungsstriche gesetzt ist, sind Originalzitate der EDU-Kantonsräte aus den Ratsdebatten.

*Zusammengestellt von Stefan Dollenmeier
Präsident der EDU-Kantonsratsfraktion*

Situation der muslimischen Bevölkerung im Kanton Zürich

*Auszug aus einer Rede
von Heinz Kyburz, Oetwil am See*



Heinz Kyburz

«Es entsteht der Eindruck, mit diesem Bericht fokussiere sich der Regierungsrat stärker darauf, aufzuzeigen, wo die Muslime im Kanton Zürich benachteiligt werden, als dass er aufzeigt, welche Beeinträchtigungen durch den Islam und durch die Traditionen der Muslime erfolgen. So haben Frauen nach streng islamischem Recht eine untergeordnete Stellung, Körperstrafen sind gemäss Scharia erlaubt, und Abfall vom islamischen Glauben wird in einigen Ländern immer wieder mit dem Tod bestraft.

Blauäugig an den Problemen vorbei

Mit der gleichen Blauäugigkeit, wie seit Jahren auf eidgenössischer Ebene politisch korrekt von einem Fettnäpfchen ins andere getreten wird, ist auch der Regierungsrat an die Berichterstattung herangegangen. «Es gibt keine systematischen Benachteiligungen der muslimischen Bevölkerungsgruppe», wird mit dem Rücken zur Wand festgestellt, wie wenn das die eigentliche Fragestellung gewesen wäre. Man spricht dann aber doch von einzelnen Benachteiligungen und will Massnahmen prüfen, um die Ungleichbehandlung der Muslime zu beseitigen, auch wenn dies nicht der Auftrag der Postulanten war.

Es ist uns wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir im Kanton Zürich noch keine vergleichbaren Probleme haben, wie sie zu finden sind, wo Muslime und Christen um die Vorherrschaft in einem Land kämpfen. Aber mit der Naivität, wie die Berichterstattung abgefasst ist, ist zu befürchten, dass genau diese Probleme in einigen Jahren auf uns zukommen werden. Wir finden im Bericht des Regierungsrates zwar die Feststellung, dass unser staatliches Handeln und die Gesetzgebung auf Werten gründen, die wesentlich von der christlichen Ethik geprägt sind. Uns fehlt aber das Bekenntnis des Regierungs-

rates zur christlichen Leitkultur, welche die Glaubensfreiheit garantiert, jedoch für die Ausrichtung unseres Kantons Richtschnur sein soll.

Immerhin sind der Studie auch kritische Hinweise zu entnehmen und zwar, dass Muslime, obschon sie nur 5,3 Prozent der Bevölkerung repräsentieren, etwa 20-30 Prozent der ausländischen Sozialhilfebezügler ausmachen, und jeder dritte im Kanton Zürich inhaftierte Straftäter ein Muslim ist. Wenn jedoch die daraus abgeleiteten Massnahmen den geringen Wirkungsgehalt des erwähnten Vorschlags haben, nämlich in den Zellen die Himmelsrichtung Ost (Mekka) zu bezeichnen, so verzichten wir gerne auf diese Massnahmen.

Weitsicht und Mut wäre nötig

Vor dem Hintergrund islamischer Repräsentanten, wie sie schon Saddam Hussein und heute die Staatschefs Ahmadinedschad und Gaddafi darstellen, und auch im Blick auf terroristische Organisationen wie die Taliban, Hamas und Hisbollah, und im Bewusstsein, dass viele Staaten in Afrika unter einer zunehmenden Islamisierung leiden, muss auch die Situation der Muslime im Kanton Zürich und deren Entwicklung mit einer gewissen Vorsicht und Weitsicht beurteilt werden. Auch ein Minarettverbot ist vor allem unter dem Aspekt der Weitsicht gerechtfertigt. Abschliessend möchten wir allerdings festhalten, dass wir nicht die Stärke des Islams, sondern die Schwäche des säkularisierten Christentums fürchten. Das ist die eigentliche Bedrohung unseres Landes.»

Verankerung von Testkäufen im Gesundheitsgesetz

Von Hans Peter Häring, Wettswil

Das Gesundheitsgesetz enthält in § 48 Jugendschutzbestimmungen. Absatz sechs lautet: «Die Abgabe von Alkohol an Personen unter 16 Jahren oder von gebrannten Wassern an Personen unter 18 Jahren ist auch dann verboten, wenn sie kostenlos erfolgt.» Für die Testkäufe gibt es aber keine Geset-

«Wir finden im Bericht des Regierungsrates zwar die Feststellung, dass unser staatliches Handeln und die Gesetzgebung auf Werten gründen, die wesentlich von der christlichen Ethik geprägt sind. Uns fehlt aber das Bekenntnis des Regierungsrates zur christlichen Leitkultur.»

Heinz Kyburz

Fraktion



Hans Peter
Häring

zesgrundlage. Mit einer parlamentarischen Initiative (PI) soll diese Lücke mindestens teilweise geschlossen werden.

Gesetze durchsetzen, Eltern in die Pflicht nehmen

Dass diese Testkäufe nötig sind, zeigen die Resultate in der Stadt Zürich. An einem Sommerwochenende dieses Jahres mussten von 22 kontrollierten Betrieben 15 verzeigt werden. Es ist noch immer möglich, dass Jugendliche unerlaubterweise an Verkaufsstellen Alkohol und Tabakwaren erwerben können. Wir machen uns lächerlich, wenn wir nicht dafür sorgen, dass diese Vorschriften auch tatsächlich durchgesetzt werden und deren Missachtung Folgen haben.

Neben dem Verkaufspersonal müssen auch die Eltern in die Pflicht genommen werden. Die Jugendlichen dürfen nicht ungestraft Gesetze übertreten. Es ist ihnen verboten, Alkohol und Nikotin zu erwerben. Wenn die Eltern für das Verhalten ihrer Kinder zur Rechenschaft gezogen werden, dann werden sie sich auch vermehrt für die Einhaltung dieser Vorschriften einsetzen. Sie sind von Gesetzes wegen verpflichtet, für die Gesundheit ihrer Kinder zu sorgen.

Die PI wurde überwiesen und kommt nun in eine Kommission, welche eine entsprechende Gesetzesbestimmung entwirft.

In der Verkehrspolitik herrschen andere Gesetze

Von Hans Egli, Steinmaur

Die EDU macht Sachpolitik und stellt auch bei Themen, die nicht dem Zeitgeist entsprechen, auf Fakten und Argumente ab. Ganz besonders bei der Verkehrspolitik werden oft Einzelinteressen höher gewichtet als das kantonale Interesse. So sind Verkehrsdebatten vielfach emotional und von ideologischen Haltungen geprägt.

Das verkehrspolitische Chaos im roten Zürich stoppen

Zur sachlichen Verkehrspolitik gehört das dringliche Postulat «Hauptverkehrsstrassen» von zwei SVP-Kantonsräten und mir. Vor allem die rote Zürcher Stadtregierung schert sich einen Deut um die im Richtplan bezeichneten Hauptstrassen der Stadt und kappt entgegen den verbindlichen Kantonsratsbeschlüssen immer mehr wichtige Durchgangsstrassen. In einer Demokratie darf es natürlich nicht sein, dass eine untergeordnete Behörde nur Eigeninteressen vertritt und umsetzt. Unser dringliches Postulat wurde



Hans Egli

von der bürgerlichen Ratsseite vollumfänglich unterstützt und mit 84 zu 80 Stimmen überwiesen.

Zur gleichen Thematik hatte die SP ein Postulat eingereicht, das eine Reduktion der Fahrspuren am Rosengarten verlangte. Die EDU betonte, dass sie nicht gegen vernünftige Verkehrseinschränkungen ist, dass aber klare Ausweichmöglichkeiten vorhanden sein müssen, was in diesem Falle der noch zu bauende Waidhaldetunnel wäre. 85 Prozent des Rosengartenverkehrs ist städtischer Ziel- und Quellverkehr, der bleibt und irgendwo durchgeführt werden muss. Die Stadt hat nun mal ein grosses innerstädtisches Verkehrsaufkommen, das nichts mit der Westtangente direkt zu tun hat, sondern das durch die Westtangente zu- und abgeführt wird. Dementsprechend wurde das Postulat mit 84 zu 75 Stimmen abgelehnt.

Die wirksamste und ökologischste Verkehrsentslastung wäre eine Reduktion unserer Mobilität, doch von dieser wollen die allerwenigsten etwas wissen. Alle wollen zurück zur Natur, aber niemand zu Fuss. Für die EDU gilt es, in der Verkehrspolitik die Realitäten nicht zu verkennen und mit vernünftigen Vorhaben die Verkehrsprobleme zu lösen.

Volksinitiative «2000-Watt-Gesellschaft für den Klimaschutz»

Von Michael Welz, Oberembrach

Eine von der Grünliberalen Partei eingereichte Volksinitiative verlangt eine Verfassungsanpassung, welche vorschreibt, dass bis ins Jahr 2030 der Gesamtenergieverbrauch pro Person und Stunde auf 2000 Watt gesenkt werden muss. Der heutige Verbrauch beträgt rund 6200 Watt ohne die graue Energie (Importe), welche nochmals rund 3000 Watt ausmacht. Die dafür zuständige Kantonsratskommission KEFU ist zur Einsicht gekommen, dass diese Zielvorgabe im aufgeführten Zeitraum nicht realisierbar ist. Dafür wären der Bevölkerung zwingende Energieverbrauchseinschränkungen, Gebäudesanierungsverpflichtungen usw. aufzuerlegen, sowie vom Kanton nicht finanzierbare Förderbeiträge bereitzustellen. Selbst der Bundesrat hat dieses Ziel auf das Jahr 2150 (!) verschoben.

Gegenvorschlag zur GLP-Initiative

Aus diesen Gründen hat die KEFU einen Gegenvorschlag erarbeitet, der nicht auf die Re-

Kantonsrat



Michael Welz

duktion des Energieverbrauchs abzielt, sondern zu einer Reduktion des CO₂-Ausstosses von heute 6 Tonnen pro Einwohner und Jahr bis ins Jahr 2050 auf 2,2 Tonnen führen soll. Dieses bereits ambitionöse Ziel verfolgt der Regierungsrat auch in seiner Energieplanung. Nun möchte der Kantonsrat dieses Ziel als Gegenvorschlag zur Volksinitiative im Energiegesetz verankern.

Die Reduktion des CO₂-Ausstosses betrifft nur den kantonalen Zuständigkeitsbereich, das heisst, das Schwergewicht wird den Gebäudebereich betreffen und nur marginal den Verkehr.

Der Rat sowie die EDU äusserten sich mehrheitlich zugunsten des Gegenvorschlags.



Stefan Dollenmeier

Leider kein Leitfaden gegen Schulabsentismus

Von Stefan Dollenmeier, Rüti

«Dass das Schuleschwänzen ein Problem ist, darüber hat der Rat erst kürzlich debattiert und beschlossen, unentschuldigte Absenzen wieder im Zeugnis zu vermerken. Heute geht es darum, einen brauchbaren Leitfaden im

Umgang mit dem Schulabsentismus zu initiieren.

Die EDU befürwortet ein konsequentes Vorgehen gegen diesen Schulschlendrian. Wir leisten den Jugendlichen einen Bärendienst, wenn wir das Schwänzen tolerieren! ... Heute, wo es immer mehr Fachlehrer gibt, ist es für Schlaumeier viel weniger ein Problem, ungestraft die Schule zu schwänzen. Wer bringt schon immer die Energie auf, fehlende Schüler dem Klassenlehrer oder der Schulleitung zu melden?

Ein verbindlicher Leitfaden, dass und wo man Absenzen zu melden hat und welche Konsequenzen die Fehlbaren zu tragen haben, würde dieser schlechten Angewohnheit effizient den Riegel schieben.

Wir tun es ja nicht, um die Jugendlichen ihrer Freiheit zu berauben, sondern um ihnen in ihren Sturm- und Drangjahren helfend und korrigierend zur Seite zu stehen – zu ihrem eigenen Vorteil!»

Trotz dieses Appells wurde die Forderung mit 85:72 Stimmen abgelehnt. Bleibt zu hoffen, dass dem Problem auch ohne Leitfaden genügend Gewicht beigemessen wird! ■

Kreationismus

Schöpfung Kontra Evolution

Ein Unsinn wie die Schöpfungslehre dürfe in den Schulbüchern keinen Platz einnehmen, finden die Freidenker. Deshalb wollen sie sich wehren, wo Religionen die Grenze ihrer Meinung nach überschreiten. Wie sich Schöpfungs- und Evolutionslehre voneinander unterscheiden, zeigte eine einzigartige Debatte in Winterthur.

Von Matthias Roggli

«So etwas gab es noch nie», meinte ein Besucher des kontradiktorischen Gesprächs in der Alten Kaserne Winterthur. Schon lange habe er sich einen öffentlichen Meinungsaustausch rund um die Entstehung des Lebens gewünscht. Am 17. Septem-

ber war es dann so weit. Die Freidenker, die den Anlass organisierten, hatten bei der kantonalen EDU nach einem geeigneten Vertreter der Schöpfungslehre gefragt. Es fand sich Dr. Roger Liebi von der Staatsunabhängigen theologischen Hochschule Basel. Dr. Toni Bürgin vom Naturmuseum St. Gallen vertrat die Evolutionstheorie und der Freidenker Kurt Schmid moderierte. Zum Anlass erschienen etwa 350 Personen, wovon mehrere Dutzend keinen Sitzplatz fanden und die Debatte stehend verfolgten.

Alter der Erdschichten

Sofort zeigten sich markante Differenzen zwischen den beiden Meinungen. Gemäss Toni Bürgin ist die Welt etwa 4,6 Milliarden Jahre alt. Laut Roger Liebi bestehen die Gleichungen, mit denen das Alter von Erdablagerungen berechnet wird, aus mehr Unbekannten als Bekannten. Beispielsweise sei die Annahme unzulässig, dass sich das Material zu allen Zeiten gleich langsam abgebaut habe.

Heisst Mehrheit auch Wahrheit?

Toni Bürgin argumentierte mehrmals mit den vielen Forschern, die sich für die Evolution aussprachen. Dem hielt Roger Liebi entgegen, dass Interpretationen oft als harte Fakten verkauft würden. So resultiere etwa aus Berechnungen der Salzzufuhr und -wegfuhr aus den Meeren ein viel geringeres Weltalter, als es die Mehrheit der Wissenschaftler behauptete.

Herkunft der Intelligenz

Nicht nachgewiesen ist, wie aus Einzellern ein intelligentes Lebewesen wie der Mensch entstehen konnte. Toni Bürgin findet, dass man sich die Komplexität der Lebewesen nur einbilde und auch grössere Entwicklungsschritte möglich seien, wie sich in Experimenten gezeigt habe. Roger Liebi verwies auf einen Versuch, wonach Aminosäuren nicht von selber entstehen können, ausser unter Laborbedingungen.

Bleibt noch die Frage nach der Herkunft der Materie. Manche Evolutionswissenschaftler

Wahlen 2010



Von links: Dr. Roger Liebi, Kurt Schmid, Dr. Toni Bürgin

antworten mit der Urknalltheorie. Dieser widerspricht laut Roger Liebi der Physikkonzept, wonach aus nichts auch nichts entstehen könne.

Glauben braucht's für beides

«Wie kann man nur ein veraltetes Buch wie die Bibel als Richtlinie für Fragen rund um die Weltentstehung akzeptieren?», fragte Moderator Kurt Schmid provokativ. Viel besser sei es, wenn man sich auf wissenschaftliche Fakten beschränke. Roger Liebi konterte, dass auch die Evolutionsvertreter viel Glauben bräuchten, um sich auf ihre noch längst nicht Schritt für Schritt bewiesene Theorie zu stützen. Er hingegen habe sowohl die Schöp-

fungs- als auch die Evolutionstheorie gelernt und könne daher beides beurteilen.

Politisches Fazit

Natürlich gingen die Fachdiskussionen teils leicht über das Verständnis eines Normalverbrauchers hinaus. Das Schöpfungsmodell wird durch die Fortschritte in der Wissenschaft nicht etwa widerlegt, sondern bestätigt. Alles, was existiert, trägt die Fingerabdrücke des Schöpfers. Darum braucht es Wissenschaftler, welche die Dinge möglichst unvoreingenommen erforschen, und Politiker, die sich für einen ausgewogenen Schulunterricht einsetzen. ■

Christliche Beteiligung an den Behördenwahlen 2010 – Wunsch oder Auftrag?

Im Frühling 2010 finden wieder Behördenwahlen statt. Im ganzen Kanton gibt es überdurchschnittlich viele Rücktritte aus diversen Ämtern. So werden neue Mitglieder für den Gemeinderat, die Schulpflege, die Sozialbehörde, die Rechnungsprüfungskommission, die Kirchenpflege usw. gesucht.

Wir als Christen haben den Auftrag – direkt von Gott! – das Wohl der Stadt oder des Dorfes zu fördern. Er verspricht, dass es dann der entsprechenden Stadt gut geht, und damit auch uns, die wir hier leben!

Von Stefan Dollenmeier

Beklagenswerte Zustände

Viele Christen beklagen die Zustände in unsern Behörden, wo der Zeitgeist immer mehr Einzug hält, Amtsinhaber Ehre und Prestige suchen oder gar den eigenen Vorteil über das Allgemeinwohl stellen, christliche Werte aber immer mehr an Boden verlieren.

Als Bildungspolitiker werde ich immer wieder mit lokalen Anliegen in Schulfragen konfrontiert. Da geht's von der «lieben kleinen Hexe» über Halloween bis zu esoterischen Praktiken, von Evolution über AIDS-Prävention bis zur Sexualaufklärung inklusive homosexuellen «Fachpersonen».

Anklage oder Selbstanklage?

Meine erste Frage in solchen Gesprächen lautet immer: «Haben Sie am Ort eine christliche Vertretung in der entsprechenden Behörde?» Und meistens lautet die Antwort: «Nein!» Ja, warum denn nicht? Warum haben wir Christen uns in die wohlige Atmosphäre der Gemeinde zurückgezogen, statt uns draussen in der Welt für Jesus einzusetzen? Warum klagen wir gerne und fromm die Umstände an, statt uns selbst anzuklagen und zu fragen, warum wir selber nicht aktiv geworden sind?

Christen braucht es überall in unserer Gesellschaft, gerade auch in den Behörden, wenn nicht dort sogar besonders! Wo können wir besser den Auftrag Gottes erfüllen, der Stadt Bestes zu suchen, als gerade in einem politischen Amt?

Klarer Auftrag

«Suchet der Stadt Bestes!» ist ja nicht ein Wunsch oder eine Bitte, sondern ganz klar ein Befehl Gottes, eine Aufforderung, ein Auftrag, dem wir Folge leisten müssen.

Gott braucht nicht fromme Besserwisser oder Nörgler, auch nicht Jammerlappen. Er braucht Nachfolger, Leute, die das Problem analysieren, darüber beten und dann die Arbeit anpacken. Also «Bessermacher» oder eben «Täter des Wortes».

Vielleicht sind Sie dran!

Bitte überlegen Sie sich, ob nicht ein Amt in der Öffentlichkeit für Sie in Frage kommt. Es braucht dazu keine besondere Berufung, hervorragende Intelligenz oder fotogenes Outfit. Viel wichtiger sind innere Reife, Bereitschaft zum Dienst für die Allgemeinheit und – für uns ganz wichtig – ein brennendes Herz für die Sache unseres Herrn. ER wird Ihre Bereitschaft belohnen und Sie zu allem befähigen, wo ER Sie hinstellt.

Melden Sie sich!

Alle Parteien suchen momentan dringend einsatzwillige Bürger. Suchen Sie die Namen der Ortspräsidenten heraus und melden Sie Ihr Interesse an.

Natürlich können Sie auch für die EDU kandidieren. Dazu braucht es eine EDU-Ortssektion mit mindestens drei EDU-Vorstandsmitgliedern. Wenn Sie in Ihrem Ort das Potenzial dazu sehen, melden Sie sich bitte beim EDU-Vertreter Ihres Bezirkes! ■

Warum wir Familien retten müssen...



Eva Herman zu Gast!

Montag, 23. November 2009, BBZ Weinfelden

Dienstag, 24. November 2009, Arche Winterthur

Mittwoch, 25. November 2009, Volkshaus Zürich

Vorträge von Eva Herman

Das Prinzip Arche Noah – Warum wir Familien retten müssen...

23. November Weinfelden

Montag, 23. November 2009, 20.00 Uhr

Aula BBZ, Weinfelden
Schützenstrasse 9

25. November Zürich

Mittwoch, 25. November 2009, 20.00 Uhr

Volkshaus Zürich
Blauer Saal
Stauffacherstrasse 60

Rolle der modernen Frau zwischen Privatleben und Karriere

24. November Winterthur

Dienstag, 24. November 2009

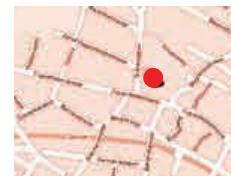
Arche, Winterthur
Heinrich Bosshard-Strasse 60



Volkshaus Zürich
Blauer Saal
Stauffacherstrasse 60
8004 Zürich



Arche Winterthur
Heinrich Bosshard-Strasse 60
8405 Winterthur



Aula BBZ Weinfelden
Schützenstrasse 9
8570 Weinfelden

Gute Aussichten für 2010!

Wegweisend für Körper, Seele und Geist!



BTS-Kursprogramm 2010
www.bts-seelsorge.ch

Abstimmungssonntag 29. November 2009

Sie sind herzlich eingeladen, dieses wichtige Abstimmungsereignis mit Gleichgesinnten zu erleben.

Wo:
Parkhotel Langenthal
Weststrasse 90, 4900 Langenthal
Das Parkhotel befindet sich rund 200 m vom geplanten Minarett entfernt!

Verpflegung auf eigene Rechnung.

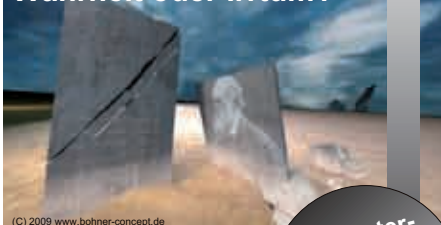
Wann:
Sonntag, 29. November 2009
Ab 10 Uhr bis zirka 16 Uhr

Anfahrt:
Vom Bahnhof Langenthal ca. 15-20 Gehminuten
Autobahnausfahrt Niederbipp und Rothrist; es sind genügend Parkplätze vorhanden.

200 Jahre Charles Darwin

Darwin und seine Evolutionstheorie:

Wahrheit oder Irrtum?



(C) 2009 www.bohner-concept.de

Montag, 23. Nov. 2009, 20 Uhr

Geissbergsaal
Schulstr. 11
8633 Wolfhausen

Grosser Parkplatz gegenüber
Firma Schulthess Maschinen AG
Landstrasse 37 (= Hauptstrasse von Rütli)

Computer-Präsentation
Roger Liebi
Dr. theol.

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Sektion Bubikon
www.edu-zh.ch

Betet für das Wohl von Volk und Land!

Steinmaur

Jeweils am 2. und 4. Montag des Monats um 20.00 Uhr:
16. und 30. November 2009
14. und 28. Dezember 2009
Ref. Kirchengemeindehaus (1. Stock)
Schulwiesstrasse 7, 8162 Steinmaur
Auskunft:
Marianne Wäfler, Tel. 044 856 01 93
Ruth Sevin, Tel. 044 858 49 37

Richterswil

Jeweils am 2. Freitag des Monats um 20.00 Uhr:
13. Nov. und 11. Dez. 2009
Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil
Auskunft:
Sonja Denzler, Tel. 044 784 30 23

Männedorf

Jeweils am Freitag, 9.45–10.45 Uhr in den geraden Kalenderwochen:
13. und 27. November 2009
11. und 25. Dezember 2009
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf
Auskunft:
Margrit Vetter, Tel. 044 920 45 43

Gossau

Jeden Mittwoch, 19.30 Uhr (nach Absprache auch andere Abende möglich, ausser Montag)
Im Zentrum 12, 8625 Gossau
Auskunft:
Sven und Erika Schelling
Tel. 043 928 01 57

Impressum

EDU-Kontakt, Nr. 112, November 2009

Der «EDU-Kontakt» ist das christlich-politische Bulletin der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) Kanton Zürich.
18. Jahrgang, Auflage: 7'850 Ex.

Herausgeber

EDU Kanton Zürich
Bürglistr. 31, Postfach 248
8408 Winterthur
Tel./Fax: 052 222 42 61, Natel: 079 216 03 16
www.edu-zh.ch, info@edu-zh.ch

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale